

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hat an seinen Onkel, den Großherzog von Baden, folgendes Telegramm gerichtet: „Das Flotengesetz ist soeben mit starker Majorität in dritter Besuch angenommen worden, und vor allem ist es Deiner unermüdlichen Müderkeit zu danken, mit der Du, wie immer, wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, mit Hingabe und Nachdruck daran bestanden hast. Zum Dank dafür stelle Ich Dich à la suite unserer Marine-Infanterie, deren brave Jungen im fernen Osten unsere Flagge beschützen. Gott segne Dich.“

* Ständire Admiral Tizpli, der Staatssekretär des Reichs-Ministeriums, ist vom Kaiser zum aktiven preuß. Staatsminister ernannt worden. Man wird nicht fehlgeschlagen, wenn man diese Auszeichnung mit dem Erfolg, welchen der Kontre-Admiral mit den Flottenvorlagen erzielt hat, in Verbindung bringt.

* Wie den „Münch. N. N.“ von angeblich gut unterrichteter Seite aus Berlin berichtet wird, soll der zehnjährige Jahrestag der Thron-Bestiegung des Kaisers Wilhelm II. im Juni mit großen Festfeiern gefeiert werden.

* Das Panzerfloss „Oldenburg“, das vom April ab an der marokkanischen Küste freuen wird, hat Befehl erhalten, im Mai an den Feiern zur Feier der 400-jährigen Einbedeitung des Seeweges nach Ostindien zur Vertreibung der deutschen Flotte teilzunehmen, die in Lissabon stattfinden werden.

* Die preuß. Staatsregierung ist seit einiger Zeit der Frage näher getreten, ob nicht der Versuch zu machen sei, diejenigen Privatregale berechtigen, welche zur Zeit noch selbständige die Vergangenheit durch eigene Anstöße ausüben, zum Verzicht auf diesen Teil ihrer auf dem Vergleich beruhenden Befugnisse zu bewegen. Die Verhandlungen sind noch in der Schwere.

* Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat bei Beratung der Verfassungsreform die Abschaffung der Sitze in Wahl mit 54 gegen 30 Stimmen angenommen, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte, daß die Staatsregierung unter allen Umständen auf ihrer Forderung beharrte und, wenn sie abgelehnt würde, den ganzen Verfassungsentwurf zurückziehen würde.

Oesterreich-Ungarn.

* Laut einer Meldung aus Trieste erhält auch Oesterreich-Ungarn ein Marine-Department. Der Chef der Marine, Vice-Admiral Baron Spaur, soll von den nächsten Delegationen einen auf sieben Jahre verteilten größeren Kredit verlangen, damit die Kriegsmarine des Kaiserstaates mit den Flotten anderer Großmächte annähernd gleichen Schritt halten könne. Die Höhe des Kredits ist noch nicht angegeben.

Belgien.

* Die internationale Zuckerkonferenz tritt erst im August in Brüssel zusammen. Der „Hamb. Post“ schreibt: Nach langen Bemühungen ist es endlich der belgischen Regierung gelungen, die Unterhandlungen über die internationale Zuckerkonferenz zum glücklichen Abschluß zu führen und ihren Zusammenschluß im August in Brüssel zu sichern. Auch Österreich-Ungarn hat die Befriedigung der Konferenz zugesagt; Spanien hat selbst gebeten, an der Konferenz teilnehmen zu dürfen, dagegen wird Italien als an der Zuckerfrage unbeteiligt, nicht auf der Konferenz vertreten sein.

Spanien.

* Bei den Wahlen in Spanien sind nach den Angaben über die Wahl vorliegenden Ziffern gewählt worden: 192 Konservative, 46 Konservativen, 7 Anhänger Novena Nobledos, 15 Republikaner und 3 Karlisten. In Havanna sind 4 Autonomisten und 2 Konservative gewählt. Aus den übrigen Wahlbezirken Kubas liegen noch keine Ziffern vor.

Portugal.

* Im Falle eines Krieges zwischen Spanien und Amerika wird Portugal

eine streng neutrale Haltung beobachten. Um den Hafen von Lissabon zu schützen, sind mehrere Torpedoboote dahin beordert. Nach den Azoreninseln werden Kriegsschiffe mit gleicher Aufgabe gehen.

Sachsenhausen.

* Sofern einer neueren Meldung zu trauen ist, dürfte die Kreisfrage doch rascher wieder in Fluss geraten, als es in letzter Zeit den Anschein hatte. Die Novoje Wremja befürwortet, daß Rußland, Frankreich und England übereingekommen seien, den Prinzen Georg auch ohne Zustimmung der Provinz und des Sultans als Generalgouverneur von Kreis einzutragen. Bissher hatte man sich über die Zustimmung der russischen Regierung zurückhalten wollen. Der im Ausicht stehende Besuch des Prinzen in Petersburg, Kopenhagen, London, Paris und Rom sei als Dankdagung für den Besuch seiner Einsetzung aufzufassen. Die Frage, ob die drei Mächte die Zahl ihrer Truppen auf Kreis erhöhen wollen, sei gleichfalls berücksichtigt worden und werde voraussichtlich in bejahendem Sinne gelöst werden.

Amerika.

* Es scheint, daß die Waffen zwischen Nordamerika und Spanien langsam verschwinden. Spanien soll weitgehende Friedensschlüsse gemacht haben, über welche am Dienstag das Kabinett in Washington beriet. Es wird versichert, daß Spanien selbst einer Übereinkunft seiner Truppen aus Cuba zustimmen würde, unter Bedingungen, die, wenn auch für die Ver. Staaten nicht gänzlich zufriedenstellend, doch liberaler und verträglicher als die bisher in Vorschlag gebrachten seien und dem Wunsche nach Abwendung des Krieges offenen Ausdruck verleihen. Ergänzend ist eine Drahtmeldung der Londoner „Daily Mail Gazette“ vom Dienstag mit, Spanien nehme die Vorschläge Mac Kinleys, nämlich die Durchführung eines Waffenstillstandes auf Cuba bis Oktober, an.

* Unter den kleinen Staaten Mittelamerikas herrscht nie Frieden. Costa Rica dürfte sich binnen kurzem im Kriege mit zweien seiner Nachbarstaaten befinden. Mit Nicaragua waren die Beziehungen von lange her gespannt, und der Ausbruch eines Krieges schien nach den letzten Nachrichten über Washington unvermeidlich. Jetzt kommen aus Costa Rica Mitteilungen, daß auch ein Krieg mit Guatemala in Sicht sei.

Afrika.

* Die englisch-ägyptische Expedition rückt den Mahdis immer näher auf den Leib. Nach einer amtlichen Meldung griffen Kanonenboote mit ägyptischen Truppen am 26. März Schendu an, zerstörten die Festigungen, nahmen Getreidevorräte, Vieh und Munition weg und befreiten 600 Slaven. Die Dervische verloren 160 Mann, die ägyptischen Truppen hatten keinen Verlust.

Afrika.

* Der „Daily Mail“ meldet aus Tientsin, daß Li-Hung-Tscha gans Staatsruder zurückfahren werde und daß er wieder nach Europa gefendet werde. Prinz Chung habe sich geweigert, den russisch-chinesischen Vertrag zu unterzeichnen und habe die Präsidenschaft des Staatsrats übergelegt.

* Eine neue Gebietsabtretung an die Engländer soll von der chinesischen Regierung zugesprochen worden sein. „Daily Chronicle“ glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß eine private Gebietsüberlassung von vermutlich anheimlichem Wert seitens der chinesischen Regierung an englische Kapitalisten erfolgt sei. Die Konzeption soll 10.000 Quadratmeilen umfassen, die in der Provinz Shensi liegen. (Diese grenzt nördlich an die deutsche Interessensphäre von Schantung.)

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Dienstag die dritte Staatsberatung. Zum Gesetz des Reichstags wurde eine Resolution angenommen, welche die Geschäftskommission auffordert, Maßnahmen zum Schutz des Petitionsrechts der Beamten in der Richtung zu treffen, daß die Namen der Petenten

bla reisemüde und will mich eine Zeitlang ruhig niederlassen.“

„Leider nein; da ich mein Geschäft am hiesigen Platz verlasse, um mich mit meinem Sohne zu verbinden, verließ er mein Haus, um sich wieder nach der Heimat zu wenden. Zwecklos hat ihn indes mein Sohn noch auf längere Zeit an New York festgesetzt, denn Mister Davis schrieb mir, daß Harry in Gesellschaft eines Mister Burger Besuch in seinem Hause abgesucht habe.“

Die Sehnsucht, das mächtige Gefühl, welches das Mutterherz hierherzog, trieb den Sohn allerdings nicht heimwärts,“ sagte Kommerzienrat Günther ernst, „auch ist es kaum erklärlich, daß er nicht durch ein paar Zeilen seiner Mutter Nachricht gegeben.“

„Dazu ließ ihn die Un Sicherheit seiner Zukunft vielleicht nicht kommen,“ meinte Mister Brown.

„Das wird es sein,“ summte Günther bei, „doch haben wir allen Grund, der gütigen Vorstellung für Ihr Wohle zu danken. Paleka, mein Kind, es ist besser, wir bringen diese eine Möglichkeit zu einem glücklichen Ende und reisen mit Frau Bürger zurück, um ein Überleben mit ihrem geliebten Sohn zu ermöglichen. Mister Davis hat versprochen, mein Geld auf die Vaudreien gutzuschreiben zu lassen. Später soll ich die Angelegenheit in Bürgers Hände legen, der mit den amerikanischen Beziehungen besser vertraut ist, als wir, und für uns die Reise nach Cincinnati unternehmen kann. Ich.“

„Sah die leibigen Geschäfte ruhen, Kind.“

geheim gehalten werden. Zum Gesetz der Reichsangele und des Reichskanzlers hatten Abg. Klemm und Geit eine Resolution eingereicht, nach welcher eine kürzlich im Reichsangele veröffentlichte Bekanntigung zu § 188a der Gewerbeordnung für ungültig erklärt werden soll. Die Angelgenheit wurde der Geschäftskommission überwiesen. Es wurden nach dem Gesetz des Außenwirtigen Amtes und der Kolonialpolitik erledigt.

Am 30. März wird die dritte Staatsberatung fortgesetzt beim Reichstag des Innern. — Auf eine Anfrage des Abg. Böhrmann (nat.-lib.) teilt Staatssekretär Graf Posadowsky mit, daß hinsichtlich der Einführung des Beschäftigungsmaßnahmen für Schiffer zwischen den Rheinflussstaaten ein vorläufiges Uebereinkommen zu stande gekommen ist, durch das bestimmte Grundlagen für die Übertragung der Führung der Donauflüsse festgelegt werden sind.

Abg. Kettich (kon.) kritisiert die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Marinariegesetz, die nach seiner Ansicht dem Geist des Gesetzes direkt widersprechen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Vorordnung über die getrennten Verkaufsräume könne doch nicht den Sinn haben, betrügerische Manipulationen zu verhindern, sondern nur die Kontrolle zu erleichtern. Ohne solche Kontrolle mügten Gesetze nur lärm und nutzen nichts. Zur Sicherung der Verkäufer sei das Gesetz jedenfalls nicht erfassen.

Abg. Kettich (fr. Bg.) hält es als konstitutionell gesinner Plan für begreiflich, daß die Regierung den getrennten Verkaufsräumen schließlich doch zugestimmt hat. Für ebenso begreiflich müßt man es aber halten, daß nur die Ausführungsbestimmungen möglichst milde eingerichtet werden sollen.

Abg. Schönach-Carolath (nat.-lib.) fordert eine Revision der Konvention mit Holland über den Nachfang.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt nachdrücklich zur Ergründung seiner vorherigen Ausführungen, daß die von verschiedenen Margarinefabrikanten hergestellten und den Verkäufern geliefernten Pauschalen den Ausführungsbestimmungen nicht entsprechen würden. Eine Änderung der Konvention sei angestrebt, aber noch nicht zu erreichen gewesen. Um zu verhindern, daß ein vertragsschöler Zustand eintrete, während dessen leicht die ganze Nachfrage ruinieren werden könnte, müsse auch mit großer Vorsicht vorgegangen werden.

Abg. Ulitzki (soz.) fordert den Erlass eines Reichsberggesetzes und Beteiligung der Arbeiter an der Betriebskontrolle. Gedenkt dringend sei ein vermehrter Schutz des Bauhandwerker gegen Unfälle notwendig.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert,

daß die von verschiedenen Margarinefabrikanten hergestellten und den Verkäufern gelieferten Pauschalen den Ausführungsbestimmungen eine Einigung bereits angebracht.

Abg. Rademann (zentr.) fordert vermehrte Schließung von Schweinen aus dem Auslande nach Schlesien.

Abg. Bess (soz.) möchte die ins Werk gesetzte Enquête über die Beschäftigung von Kindern auch auf landwirtschaftliche Betriebe ausgedehnt sehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, daß die Beschäftigung im Gewerbebetriebe einen ganz anderen Charakter habe, als die in der Landwirtschaft. Es sei also kein zwingender Grund vorhanden, die Enquête über beide zu erstreben.

Abg. Kruse (natr.) nimmt die Begegnung wahr, die in der zweiten Sitzung von Abg. Lenzenmann gegen die Freudenreiter erhobenen Angriffe als unbegründet zurückzuziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky schließt sich diesen Ausführungen an und betont die anstrengende Tätigkeit dieser Klasse von Arzten, die ihre aufopfernde Tätigkeit eher Dan als Angriffe verdienten.

Nach längeren Debatten über die Freudenreiter und den Fall Rothenburg wird der Gesetz des Innern bewilligt. — Bezüglich der in zweiter Lesung angenommenen Resolution auf Erlass des Reichsberggesetzes durch eine neue Kommission erklärt

Staatssekretär Graf Posadowsky, die verbliebenen Regierungen erklärten sich mit dieser Resolution einverstanden; er bitte nun vor den Freudenreiter möglichst noch vor den Freuden zu wählen.

Bei dem nun folgenden Militär-Gesetz erklärt

Preuß. Kriegsminister v. Gohler: Abg. Böbel hat in der zweiten Sitzung zwei Todesfälle von Soldaten zur Sprache gebracht, die er auf vorangegangene Unhandlungen zurückführt.

„Ich habe die Fälle untersuchen lassen und kann mitteilen, daß in dem einen Falle, beim Garde-Schützen-Regiment, keine Unhandlung hat sich gestellt werden können. Der Soldat ist an einem schweren Hirnleiden gestorben. In dem zweiten Falle, beim 170. Regiment in Reh, ist ebenfalls eine

Unhandlung nicht festgestellt. Der Soldat hat sich erhängt, wie man annimmt, aus Furcht vor Strafe. — Der Minister wendet sich dann zu der kürzlich in Saarbrücken festgestellten Typhus-Epidemie. Es habe sich ergeben, daß in einem der zur Aufbewahrung der Speisebotische bestimmten Räume zufällig Typhusbacillen eingeschleppt worden seien.

Abg. Böbel (soz.): In dem Falle beim 170. Regiment hätten frühere Kommandanten des Gefangen ausdrücklich gesagt, daß dieser aus Furcht vor weiteren Unhandlungen aus das Leben genommen habe. Neben erwähnt sodann einen neuen Fall von Soldaten-Unhandlung in Heidelberg und bittet den Minister, auch diesen untersuchen zu lassen. Bezüglich der Saarbrücker Typhus-Epidemie fragt er, ob es richtig sei, daß einer der Soldaten, die zum Kartoffelschälen bestimmt waren, mit ungünstigen gereinigten Händen zum Kartoffelschälen angeladen wurde.

Abg. Kettich (kon.): Kriegsminister v. Gohler erwähnt, den Fall in Heidelberg werde er untersuchen lassen. Da ein Mann in Saarbrücken mit ungereinigten Händen zum Kartoffelschälen verwendet worden sei, berufe auf einer Verweichung.

Abg. Etzels (zentr.): bewährt die Blaubücher der Kosten für die Hilfsleistungen der Militärfabrikos bei den Überschwemmungen in Schlesien.

Abg. Kunert (soz.): geht auf die gestrigen Vorlegungen des südlichen Bevölkerungsstatistikum und des Abg. Werbach über die Lohnbrüder in den ländlichen Sättlerbetrieben ein, wird in seinen Ausführungen aber fast lediglich von Lohn auf der Rechten unterbrochen. Die Behauptung, daß die Sättler Lohnbrüder treiben, wird vom Abg. Werbach laut als Lüge bezeichnet. Neben verriet sich einen solchen Jurus, wird aber vom Präsidenten v. Quol mit dem Bemerkung zugeleistet, er habe kein Recht, die Mitglieder des Rates zu rufen. Sodann wendet sich Neben zu den Arbeitserhaltmaßen in den Spandauer Werftstätten und ruft den Pfand an ausreichender Ventilation, die zu lange Arbeitszeit, das Strafgeld weisen u. i. m.

Kriegsminister v. Gohler: Die Ausführungen des Vorredners sind so unbegründet, seine Anschwörungen so mangelhaft, daß ich darauf verzichte, ihm zu antworten. Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Abdruck über die „Judenfragen“ wird der Militär-Gesetz bewilligt. Gedenkt debattiert. Von Wohlstand.

Das Herrenhaus erlebte am Dienstag außer kleineren Vorlagen das Gesetz betr. Erhöhung des Grundkapitals der preuß. Centralgenossenschaftsasse und das neue Anmeldeungsgesetz. Nachste Sitzung am 26. April.

Auf Dienstag legte das Abgeordnetenhaus die breite Staatsberatung beim Justizrat fort. Beim Gesetz des Ministeriums des Innern erläuterte Minister v. Recke auf eine Anfrage, er werde möglichst Hilfe bei der Auflösung ausländischer Arbeiter wollen lassen, hält es jedoch nicht für zulässig, Ausnahmen zu Gunsten einzelner Industrien zu machen. Beim landwirtschaftlichen Gesetz stellt der Minister weitere Maßnahmen gegen die Einführung amerikanischen Obstes in Aussicht, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch die breite Beratung des Gesetzes und begann hierauf die erste Sitzung der Vorlagen betr. Erhöhung des Einkommens der evangelischen und katholischen Geistlichen. Nach einer einleitenden Rede des Ministers Bothe machte Abg. v. Höller einige Ausführungen an den Entwicklern, indem er insbesondere betonte, es werde hier ein bedeutsamer Schritt in der Richtung gegeben, die Geistlichen zu Staatsbeamten zu machen. Abg. v. Heinebrandt versicherte, die Mehrheit der konservativen Fraktion teile die Gedanken des Abg. v. Höller nicht, sei vielmehr mit den Vorlagen von Herren einverstanden. Die Abg. Borsig (zentr.) und Sozialer (natr.) sprachen ihre Billigung der Gesetze entworfene aus.

Von Nah und Fern.

Berlin. Die Angelegenheit des Oberfaktors Grünenthal hat nunmehr eine entscheidende Wendung in sich genommen, als endlich von amtlicher Seite die Meldung vorliegt, daß Grünenthal das Gesäß aus der Reichsdruckerei geschlossen zu haben. Wie auf dem Friedrich-Werderschen Kirchhofe, sind jetzt auch auf dem Alten Jakobi-Kirchhof und auf dem Alten Jerusalem-Kirchhof Wertpapiere, die dort von Grünenthal verborgen waren, aufgefunden worden.

Frankfurt a. O. Von der Wagenblatt-form eines in voller Fahrt begriffenen Personen-

mühte nur vor allem der rechte Zeitpunkt zur nachdrücklichen Weiterführung desselben abgewartet werden.

Mister Brown war nicht der Mann, der zwecklos sein Geld hinauswarf. In seiner Wohnung angekommen, benachrichtigte er seinen Sohn, daß er sein liebstes Geschäft zu den vorteilhaftesten Bedingungen verkauft habe und demnächst nach New York kommen werde. Vorauswollte er erst nach das Wilsonsche Unternehmen mit einem Besuch bedenken. Auch sein Bekanntwerden mit dem Kommerzienrat Günther und dessen Tochter erwähnte er und erwähnte seinen Sohn, doch Bürger, der sich auf amerikanischem Boden nie wohl gefühlt, nicht länger festzuhalten.

Als er den kurzen, in geschäftlichem Tone gehaltenen Brief beendigt hatte, machte er noch Notizen für den deutschen Handelsmann. Er öffnete seinen Schreibtisch, um einen geschäftlichen Überblick über manches noch unerledigte Schriftstück zu erhalten. Kontrakte, Kaufverträge, Andreisungen und Prospekte, Briefe aller Art fielen ihm entgegen, die teilweise noch von der Hand seines Vaters herkührten. Daneben kamen ihm aber auch neuwagenschaffene Geschäftsvorträge, gebietes dem etwas weniger marktähnlichen und geschäftsfreudigeren Vater gegenüber bestanden. So werlos als sein New Yorker Geschäftsfreund die Ländereien hingestellt, waren sie in der That gar nicht, wenn auch für den Augenblick auf einen Gewinn nicht zu rechnen war, indem sie zur Bereitung von Fleischkonserven angelegte Fabriken bereits einen großen Teil der Kapitalien verschlungen hatten. Ausstichtlos war das Unternehmen jedoch keinesfalls, es